

KONJUNKTURPROGNOSE 2004

Die deutsche Wirtschaft zeigt seit Mitte des Jahres 2000 keinerlei Aufwärtstendenzen. Die Investitionstätigkeit ist in den letzten Jahren stark eingebrochen und in Verbindung mit der ausgeprägten Arbeitsmarkt- und Konsumschwäche kamen aus dem Inland keine Wachstumsimpulse. Im Gegensatz zu den letzten Jahren bremst in diesem Jahr zusätzlich die Außenwirtschaft das deutsche Wachstum ab, so dass die wirtschaftlichen Aktivitäten insgesamt auf der Stelle treten. Diese Stagnation geht Hand in Hand mit einer schwachen Weltwirtschaft. Für das kommende Jahr wird hingegen mit einer deutlichen Erholung der globalen Aktivitäten gerechnet. Dies wird auch die Konjunktur in Deutschland beleben. Zusammen mit den angekündigten Reformen wird damit das Investitions- und Konsumwachstum gestärkt, jedoch nicht in einem ausreichenden Maße. Es gibt noch zu viele unbekannte Größen in den verschiedenen Reformkonzepten. Das nach wie vor moderate Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1¾ Prozent im Jahr 2004 spiegelt diese Unsicherheiten wider. Dabei wird es letztlich auch zu keiner Erholung am Arbeitsmarkt kommen. Bei einer stagnierenden Beschäftigung wird die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr bei knapp 4,4 Millionen Personen verharren.

iw-trends

Die weltwirtschaftliche Lage hat sich im Verlauf dieses Jahres gefestigt, nachdem bereits im Frühjahr erste Anzeichen einer Belebung zu erkennen waren. Mittlerweile weist auch die Produktion auf eine Erholung der globalen Aktivitäten hin. Die einzelnen Regionen sind davon ungleich betroffen:

Uneinheitliche Lage

- Westeuropa zeigt sich wegen seiner unzureichenden binnenwirtschaftlichen Kraft als zu abhängig von der weltwirtschaftlichen Entwicklung und tritt seit über drei Quartalen auf der Stelle.
- In den USA ist seit dem Ende des Irak-Konflikts vor allem aufgrund der stark expansiv ausgerichteten Geld- und Fiskalpolitik eine merkbare Produktions- und Konsumbelebung zu beobachten.

- Der asiatische Raum zeigt auch in diesem Jahr robuste Wachstumsraten. Der im Frühjahr vermutete Verdacht, die Lungenkrankheit SARS könne zu drastischen Wachstumseinbußen führen, bestätigte sich nicht. Dabei erweist sich China zunehmend als Wachstumsmotor der asiatischen Region. Aber auch in Japan ist eine positive Entwicklung zu sehen.

Tabelle 1

Auslandsprognose 2004

- Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts in Prozent -

	2002	2003	2004	1995-2000 ¹⁾	2001-2004 ¹⁾	Differenz in Prozentpunkten
Deutschland	0,2	0,0	1,6	1,8	0,6	-1,2
Frankreich	1,2	0,2	1,6	2,6	1,3	-1,3
Italien	0,4	0,4	1,5	2,1	1,1	-1,0
Österreich	1,0	0,7	1,6	2,6	1,0	-1,6
Belgien	0,7	0,8	1,8	2,7	1,0	-1,7
Luxemburg	0,5	1,1	2,0	5,8	1,1	-4,7
Finnland	1,6	1,1	2,4	4,6	1,4	-3,2
Irland	6,0	2,0	3,5	9,8	4,3	-5,5
Niederlande	0,3	-0,5	1,2	3,6	0,6	-3,0
Portugal	0,5	-0,5	1,2	4,0	0,7	-3,3
Spanien	2,0	2,2	2,7	3,7	2,4	-1,3
Griechenland	4,0	4,0	4,1	3,2	4,0	+0,8
Euroland ²⁾	0,9	0,5	1,8	2,7	1,2	-1,5
Vereinigtes Königreich	1,8	1,9	2,6	2,9	2,1	-0,8
Schweden	1,9	1,5	2,2	3,4	1,7	-1,7
Dänemark	1,6	1,2	1,9	2,7	1,5	-1,2
Norwegen	1,0	0,3	1,5	3,7	1,2	-2,5
Schweiz	0,1	-0,2	1,2	1,6	0,5	-1,1
USA	2,4	2,6	3,5	3,8	2,2	-1,6
Japan	0,3	2,5	2,0	1,5	1,1	-0,4
Kanada	3,4	2,1	3,0	3,8	2,5	-1,3
Industrieländer ^{2) 3)}	1,9	2,4	3,0	3,1	1,9	-1,2

1) Jahresdurchschnitte. 2) Gewicht: BIP 2002. 3) Die hier außerhalb des Euroraums angegebenen Industrieländer.

Quelle: OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Vor diesem Hintergrund zeichnet sich nunmehr ein weiterer Aufschwung der weltwirtschaftlichen Aktivitäten ab, der sich im Laufe des nächsten Jahres verstärken wird (Tabelle 1). Allerdings erweist sich die gegenwärtige und auch die für die nächste Zeit erwartete wirtschaftliche Performance der

Industrieländer im Vergleich zur zweiten Hälfte der neunziger Jahre als schwach. Dafür können mehrere Gründe aufgeführt werden: Erstens sind die bekannten Strukturprobleme vor allem der großen Länder in Europa zu nennen. Diese verhindern seit Jahren eine deutliche Zunahme der Inlandsnachfrage und damit die Entwicklung der Eurozone zu einem eigenständigen Konjunkturmotor. Zweitens ließ zuletzt die weltwirtschaftliche Konjunkturlokomotive USA – ausgelöst durch den Börseneinbruch, den nachlassenden New-Economy-Boom sowie verstärkt durch die Anschläge und die Folgen des 11. September 2001 – die Zugkraft der neunziger Jahre vermissen. Drittens kann davon ausgegangen werden, dass in Verbindung mit den geopolitischen Unsicherheiten und der damit verbundenen Unsicherheit bei Investoren und Konsumenten das Wachstumspotenzial der Industrieländer schwächer wächst (OECD, 2002).

In der Tat zeigt sich bei einem einfachen Vergleich, der die durchschnittlichen Veränderungen der Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts der Zeiträume 1995/2000 und 2001/2004 einbezieht, eine deutliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung in der zweiten Teilperiode (Tabelle 1). Mit Ausnahme von Griechenland verbuchen alle betrachteten Industrieländer teils starke Wachstumseinbrüche. Die Eurozone ist dabei mit Wachstumseinbußen von durchschnittlich 1,5 Prozentpunkten etwas weniger stark betroffen als die USA (1,6 Prozentpunkte).

In den USA hat im Verlauf dieses Jahres eine konjunkturelle Belebung eingesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt wuchs im ersten Halbjahr 2003 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,3 Prozent. Vor allem im Sommer war eine Zunahme der Industrieproduktion zu verzeichnen, was durch einen Anstieg der Unternehmensgewinne unterstrichen wird. Neben der expansiv ausgerichteten Geldpolitik wirkt vor allem die Fiskalpolitik seit dem zweiten Quartal stark expansiv und erreichte im ersten Halbjahr 2003 allein über die Ausgabenseite einen Wachstumsbeitrag von 0,6 Prozentpunkten. Dabei wurden vor allem die Ausgaben für die nationale Sicherheit und das Militär mit fast 10 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum stark ausgeweitet. Gleichzeitig wurden durch die im Frühjahr beschlossenen und im Juli 2003 wirksam gewordenen Steuersenkungen, die bis Ende 2003 ein Volumen von 62 Milliarden US-Dollar erreichen werden, die Verfügbaren Einkommen der Privaten Haushalte erhöht (Leahey, 2003). Dies ermöglichte einen weiteren

USA

Spielraum für den Konsum, der im ersten Halbjahr 2003 um 2,7 Prozent stieg und damit fast 2 Prozentpunkte zur Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts beisteuerte. Weiterhin konnten durch die niedrigen Zinsen und den Anstieg der Immobilienpreise viele Haushalte ihre Hypothekenkredite günstig umfinanzieren, wodurch zusätzliche Konsummöglichkeiten geschaffen werden konnten. Einzig der Außenhandel lieferte durch die verstärkt anziehende Importnachfrage einen negativen Wachstumsbeitrag in Höhe von 0,5 Prozentpunkten.

Die US-Wirtschaft befindet sich wieder auf einem stabileren Wachstumskurs, und im laufenden Jahr ist mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,6 Prozent zu rechnen. Für das Jahr 2004 hellen sich die wirtschaftlichen Perspektiven der USA auf. Wenn das Vertrauen der Konsumenten und Unternehmen weiter steigt, kann dies einen selbst tragenden Wachstumsprozess in Gang setzen. Außerdem sind die im nächsten Jahr wirksam werdenden Steuersenkungen in Rechnung zu stellen, die insgesamt ein Volumen von 153 Milliarden US-Dollar umfassen und damit vor allem den Zuwachs des Privaten Konsums stützen. Zudem wird durch eine Verbesserung des weltwirtschaftlichen Klimas der amerikanische Exportsektor belebt, wodurch sich der negative Außenbeitrag zumindest verringern kann. Im nächsten Jahr ist somit mit einem realen Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 3,5 Prozent zu rechnen.

Trotz dieser positiven Signale zeigen sich einige Risiken, die einen dauerhaft robusten und selbst tragenden Wachstumsprozess gefährden können. Die Zunahme der US-Produktion läuft bisher am Arbeitsmarkt vorbei, obwohl sich am aktuellen Rand eine Trendwende andeutet. Zweifellos wirkt die konjunkturelle Belebung auf den Arbeitsmarkt zeitlich verzögert, doch neben der für amerikanische Verhältnisse hohen Arbeitslosigkeit von gut 6 Prozent wurde die Beschäftigung seit Anfang des Jahres per saldo um fast 1 Million Stellen abgebaut. Der amerikanische Arbeitsmarkt ist aber flexibel, und daher wird sich bei einem anhaltenden Produktionszuwachs spätestens im nächsten Jahr eine deutliche Beschäftigungsbelebung einstellen.

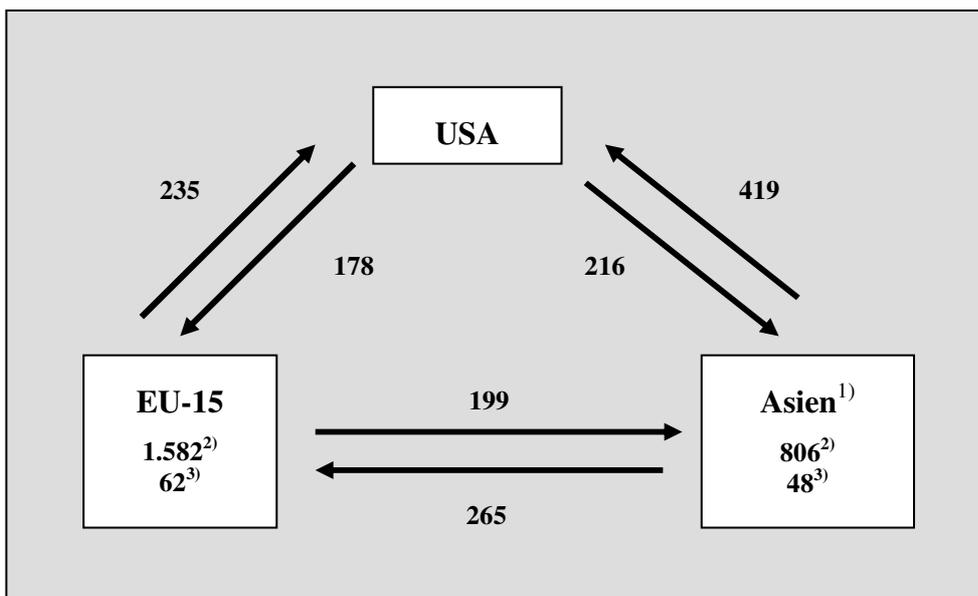
Des Weiteren ist die Sparquote der Privaten Haushalte von unter 4 Prozent des Verfügbaren Einkommens als möglicher konjunktureller Belastungsfaktor zu nennen, und zwar im Zusammenhang mit einem Leistungsbilanzdefi-

zeit von aktuell fast 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Spiegelbildlich zum Defizit in der Leistungsbilanz, das vorwiegend aus dem Importüberschuss im internationalen Warenhandel resultiert, verzeichnen die USA einen Kapitalbilanzüberschuss. Im Gegensatz zur Entwicklung in den späten neunziger Jahren muss die Verschuldung gegenüber dem Ausland nunmehr mit der zunehmenden Staatsverschuldung gesehen werden. Diese Mittel stehen nun weniger für investive Zwecke zur Verfügung und stärken damit weniger als in früheren Jahren das amerikanische Wachstumspotenzial. Für eine zukünftige Reduzierung des Zwillings-Defizits ist unter anderem eine Abwertung des US-Dollar denkbar, die sich je nach Schnelligkeit und Stärke aufgrund der außenwirtschaftlichen Verflechtungen zumindest kurzfristig nachteilig auf die Export- und Wachstumsperformance der übrigen Wirtschaftsregionen auswirken kann. Ein Blick auf die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverflechtungen zeigt, dass umgekehrt die Aufwertung des US-Dollar in den neunziger Jahren die deutsche Exporttätigkeit in die USA unterstützt hat (Römer, 2003). Die mangelnde Haushaltsdisziplin der Europäer spricht gegenwärtig allerdings weniger für eine starke Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar.

Abbildung 1

Internationale Handelsströme im Jahr 2001

- Exportwerte in Milliarden Euro -



1) Einschließlich Australien und Neuseeland. 2) Intra-Handel in Milliarden Euro. 3) Intra-Handel in Prozent des Gesamtexports.

Quelle: WTO; IWF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Bei einer Diskussion über die potenziellen Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf die Exporttätigkeit einzelner Volkswirtschaften darf nicht übersehen werden, dass ein Großteil des Warenhandels in der Europäischen Union (EU) sowie in den Ländern Asiens als intraregionaler Handel stattfindet. Der Intra-Handel dieser beiden Regionen überschreitet deutlich die jeweiligen Exportwerte in die USA (Abbildung 1). Dennoch erzielen die 15 EU-Länder sowie die Länder des asiatischen Wirtschaftsraums derzeit erhebliche Handelsbilanzüberschüsse mit den USA. Die asiatischen Länder weisen bei ihrem Handel mit den USA im Vergleich zum Handel zwischen der EU und den USA sowohl einen höheren Handelsbilanzüberschuss als auch höhere Handelsvolumina auf. Japan (66 Milliarden Euro) und China (87 Milliarden Euro) erzielen alleine im Warenhandel mit den USA mehr als drei Viertel ihres gesamten Außenhandelsüberschusses. Heftige Änderungen im Währungsgefüge können daher die wirtschaftliche Entwicklung der europäischen und der asiatischen Länder über eine Verminderung ihres Außenbeitrags im Handel mit den USA und anderen Ländern des Dollar-Raums verlangsamen. Vor diesem Hintergrund sind die bereits zu Beginn des Jahres diskutierten Währungsinterventionen der Zentralbanken von Japan und China zu verstehen, die eine mögliche Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem US-Dollar zu verhindern versuchen.

Japan

Die japanische Wirtschaft ist auf Erholungskurs. Positiv stimmt, dass sich in diesem Jahr im Binnensektor eine konjunkturelle Besserung abzeichnet. Die Industrieproduktion nahm im ersten Halbjahr deutlich zu, und das reale Bruttoinlandsprodukt stieg gegenüber dem entsprechenden Vorjahreshalbjahr um 3 Prozent, was durch eine deutliche Zunahme der Investitionstätigkeit und des Konsums der Privaten Haushalte erreicht wurde. Obwohl die Arbeitslosenquote mit gut 5 Prozent für japanische Verhältnisse nach wie vor auf hohem Niveau verharrt, ist seit Beginn des Jahres bei der Beschäftigungsentwicklung ein positiver Trend erkennbar. Verstärkend dürfte hier wirken, dass die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den letzten drei Quartalen rückläufig war. Dagegen sind die Wachstumsbeiträge der öffentlichen Hand bereits seit Mitte des letzten Jahres leicht negativ. Die Regierung ist darauf bedacht, die Staatsverschuldung von über 150 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die auch infolge zahlreicher nahezu wirkungsloser Konjunkturprogramme in den neunziger Jahren angehäuft wurde, zu begrenzen.

Diese positiven Signale deuten darauf hin, dass die japanische Wirtschaft in diesem Jahr um 2,5 Prozent wachsen wird. Im nächsten Jahr werden sich durch das Anziehen der Weltkonjunktur die Chancen auf eine Exportbelebung erhöhen. Risiken bestehen allerdings durch die Unsicherheiten über die Wechselkursrelationen zum US-Dollar und zum chinesischen Yuan. Außerdem muss sich erst noch zeigen, dass die über ein Jahrzehnt lähmenden Strukturprobleme allmählich behoben und somit einer expandierenden Inlandsnachfrage nicht weiter im Wege stehen werden. Alles in allem ist im nächsten Jahr mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2 Prozent zu rechnen.

Seit Herbst letzten Jahres befindet sich die Eurozone gegenüber dem jeweiligen Vorquartal in der Stagnation. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum konnte damit im ersten Halbjahr dieses Jahres nur noch eine geringe Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,5 Prozent verzeichnet werden. Die binnenwirtschaftlichen Kräfte blieben schwach: Die Privaten Konsumausgaben wurden zwar um 1,5 Prozent ausgeweitet, die Anlageinvestitionen sanken dagegen um 1,6 Prozent. Die Entwicklung der Exporte war zuletzt rückläufig, was auf die Euro-Aufwertung sowie auf die schwache Konjunktur außerhalb des Euro-Raums zurückgeführt werden kann. Die Importe nahmen dagegen im ersten Halbjahr um fast 3 Prozent zu. Damit verringerte der Außenbeitrag im Vergleich zu den Vorjahren das Wachstum. Für das gesamte Jahr 2003 sind die Wachstumsperspektiven der Eurozone schwach. Wurde zu Beginn des Jahres noch mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent gerechnet, wird derzeit lediglich von 0,5 Prozent ausgegangen. Im kommenden Jahr werden die zwölf Länder der Europäischen Währungsunion einen Zuwachs beim realen Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 1,8 Prozent erreichen.

Euroraum

Dabei unterscheiden sich die Wachstumsperspektiven der einzelnen Länder teils deutlich. Vor allem Griechenland, Spanien, Irland und Luxemburg werden wie zuletzt sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr stark über dem Wachstumsdurchschnitt des Euroraums liegen (siehe Tabelle 1). Spanien und Griechenland verzeichnen derzeit einen Bauboom, der zusätzlich durch Gelder des EU-Strukturfonds angetrieben wird. Außerdem profitiert Griechenland zurzeit von den bevorstehenden Olympischen Spielen im nächsten Jahr. Dagegen fallen die Niederlande sowie Portugal gegenüber ih-

rem überdurchschnittlichen Wachstum in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre deutlich zurück. In beiden Ländern kam es in den letzten Jahren aufgrund relativ stark zunehmender Arbeitskosten zu ansteigenden Lohnstückkosten und damit sowohl zu einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit als auch zu steigender Arbeitslosigkeit. In den Niederlanden ist wegen des geplanten Sanierungskurses (z. B. Nullrunde bei den Löhnen) im nächsten Jahr wieder mit einem etwas besseren Wachstum zu rechnen.

Neben Deutschland zeigen sich auch die zwei anderen großen Volkswirtschaften des Euroraums, Frankreich und Italien, mit Wachstumsraten von ½ Prozent in diesem Jahr in keiner guten Verfassung. Beide Länder haben ebenfalls mit Strukturproblemen zu kämpfen. In Frankreich bewirkten die steigenden Lohnstückkosten einen Rückgang der Unternehmensgewinne, was durch die Streiks im Frühjahr verschärft worden ist. Die Bruttoanlageinvestitionen sind seit vier Quartalen rückläufig. Dagegen sind die Einkommensteuersenkung sowie die Verabschiedung der Rentenreform als positive Signale für das nächste Jahr zu werten. Eine umfassende Rentenreform ist in Italien ebenfalls geplant, sie wird aber noch keine konjunkturellen Effekte nach sich ziehen. Konjunkturstärkend dürfte die abnehmende Inflationsrate wirken, die den Privaten Konsum beleben sollte.

Mit Ausnahme der Länder Österreich, Portugal und Finnland ergibt sich nach bisheriger Datenlage für alle Länder der Eurozone im ersten Halbjahr 2003 ein negativer Außenbeitrag – unter Berücksichtigung des Intra-Handels. Mehrheitlich leiden die Länder des Euroraums derzeit sowohl unter der schwachen Konjunktur in Europa, die den Intra-Handel dämpft, als auch unter der bisher gemächlich verlaufenden Weltkonjunktur. Die Aufwertung des Euro bremszt zum einen den Export in die Länder außerhalb des Euroraums und erhöht zum anderen den Importdruck im Euroraum durch außereuropäische Lieferanten, was wiederum den Intra-Handel innerhalb der Währungsunion dämpft.

Die Anteile des Intra-Handels an den Gesamtexporten oder am Bruttoinlandsprodukt der einzelnen Länder variieren zwischen den Mitgliedsländern des Euroraums erheblich (Tabelle 2) – Volumen sowie Anteil des Intra-Handels am Gesamtexport weichen von den Daten aus Abbildung 1 ab, weil in Tabelle 2 nur die zwölf Mitglieder des Euroraums sowie das Jahr 2002

betrachtet werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass die bisherige Euro-Aufwertung die einzelnen Euroländer umso härter trifft, je niedriger der Anteil ihres Intra-Handels ist. Bezogen auf Deutschland, bedeutet dies, dass der Exportsektor hier zu Lande bei einer Aufwertung der Gemeinschaftswährung möglicherweise stärkere Einbußen in Kauf nehmen muss als die Länder, die mehr als die Hälfte ihrer Waren in den Euroraum exportieren.

Tabelle 2

Intra-Handel im Euroraum im Jahr 2002¹⁾

	Anteil der Intra-Exporte in Prozent		Intra-Exporte in Mrd. Euro
	am Gesamtexport ²⁾	am BIP ²⁾	
Luxemburg	72,7	35,8	8
Portugal	66,7	13,9	18
Niederlande	63,2	36,7	163
Belgien	61,0	52,9	138
Spanien	57,9	10,5	73
Österreich	54,7	21,0	45
Frankreich	49,1	11,3	172
Italien	44,6	9,4	118
Deutschland	42,6	13,1	276
Irland	38,4	27,5	36
Finnland	32,9	11,3	16
Griechenland	30,0	2,3	3
Summe	-	-	1.066
Durchschnitt	51,3 ³⁾	15,1 ⁴⁾	-

1) Intra-Handel: Warenexporte der jeweiligen Länder in die Länder der Eurozone. 2) Des jeweiligen Landes. 3) Gewichtet mit den nationalen Anteilen an der Gesamtsumme der Intra-Exporte. 4) Gewichtet mit dem nationalen nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Eurostat; OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Im Vereinigten Königreich liegt der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts mit fast 2 Prozent in diesem und 2,6 Prozent im nächsten Jahr deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums. Dabei wirkt vor allem der Private Konsum stimulierend, der seit Jahren höhere Zuwächse als die gesamtwirtschaftliche Produktion aufweist. Die Anlageinvestitionen sind in diesem Jahr dagegen rückläufig, und auch der Außenbeitrag dürfte in diesem und im nächsten Jahr das britische Wachstum vermindern. Die Finanzpolitik wirkt mit einem

Vereinigtes
Königreich

erwarteten Budgetdefizit von rund 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stimulierend. Für das kommende Jahr wird neben der Entwicklung der Auslandsnachfrage wichtig sein, ob der Zuwachs des Privaten Verbrauchs auf diesem hohen Niveau aufrecht erhalten werden kann. Denn neben den gegenwärtig niedrigen Zinsen bestehen Risiken durch den zunehmenden Verschuldungsgrad der Privaten Haushalte. In den letzten Jahren sind vor allem durch den Immobilienpreisanstieg und die Möglichkeiten zur Umfinanzierung insgesamt positive Vermögenseffekte entstanden, die das starke Konsumwachstum gefördert haben.

Mittel- und Osteuropa

Die Reformländer Mittel- und Osteuropas bleiben in diesem und im nächsten Jahr mit Wachstumsraten beim realen Bruttoinlandsprodukt zwischen 3 und 4 Prozent auf einem stabilen Kurs. Die Wachstumsimpulse gehen zurzeit vom Binnensektor und nicht vom Außenhandel aus. Mit einer wirtschaftlichen Belebung in Westeuropa dürften die Exporte der mittel- und osteuropäischen Länder wieder anziehen und das Wachstum weiter anregen.

Insgesamt werden sich durch den in 2004 anstehenden EU-Beitritt einiger mittel- und osteuropäischer Länder sowohl für die bisherigen Mitgliedsländer als auch für die Beitrittsländer weitere positive Wachstumsimpulse ergeben. Für die Länder der EU werden diese umso höher ausfallen, je enger sie mit den Beitrittskandidaten wirtschaftlich verflochten sind. Das gilt vor allem für Deutschland, wo in den ersten sieben Monaten dieses Jahres gut 12 Prozent der Warenexporte in die MOE-Länder gingen. Zum Vergleich: Die Exporte in die USA hatten einen Anteil von knapp 10 Prozent. Der Güterhandel wurde allerdings bereits in den neunziger Jahren weitgehend liberalisiert. Hier sind keine allein aus der institutionellen Veränderung resultierenden Zuwächse zu erwarten. Permanente Impulse dürften sich durch die weitere Liberalisierung des Kapitalverkehrs ergeben, obwohl bereits in der letzten Dekade hier ebenfalls eine deutliche Zunahme der ausländischen Zuflüsse an Direktinvestitionen in die Beitrittsländer zu beobachten war.

Deutscher Außenhandel

Die deutschen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen konnten im ersten Halbjahr 2003 in einer preisbereinigten Betrachtung ihren entsprechenden Vorjahreswert um 1,7 Prozent übertreffen. Dabei war allerdings im zweiten Quartal 2003 ein Rückgang um 1,5 Prozent zu verzeichnen. Die Abkühlung der Weltwirtschaft sowie der allmähliche Verlust an preislicher

Wettbewerbsfähigkeit infolge der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, dem japanischen Yen und anderen asiatischen Währungen kann offensichtlich diese ruhigere Gangart bei den deutschen Exporten erklären. Ein Blick auf den Außenhandel mit Waren nach Ländern zeigt, dass die deutsche Ausfuhrfähigkeit nicht in allen Regionen außerhalb des gemeinsamen Europäischen Währungsraums schwächer verläuft:

- Die nominalen Warenausfuhren in die USA lagen im Zeitraum Januar bis Juli 2003 um 4,5 Prozent unter ihrem entsprechenden Vorjahreswert. Die Exporte nach Japan gaben ebenfalls um 3,7 Prozent nach.
- Beträchtliche Zuwächse konnten dagegen beim Warenexport mit den Ländern Mittel- und Osteuropas (+7,1 Prozent) sowie Russland (+6,8 Prozent) verbucht werden. Die nominalen Warenausfuhren nach China stiegen sogar um 32 Prozent an und erreichten einen Anteil von 2,7 Prozent am deutschen Warenexport.
- Die Exporte in die EU-Länder stiegen gleichzeitig um 3 Prozent an, die in den Euroraum, auf den gegenwärtig gut 43 Prozent des deutschen Warenexports entfallen, um 2,6 Prozent.

Die derzeitige Wechselkursentwicklung dürfte eine kräftige Exporterholung in absehbarer Zeit zwar abbremsen. Entscheidend ist aber vielmehr die konjunkturelle Entwicklung bei den Handelspartnern Deutschlands. Erst mit einem breit angelegten Aufschwung der Weltwirtschaft werden die deutschen Exporte wieder merklich stärker wachsen als in diesem und im vergangenen Jahr. Da die realen Waren- und Dienstleistungsexporte in diesem Jahr stagnieren, die Importe dagegen mit 2½ Prozent zulegen, wird der Wachstumsbeitrag des Außenhandels erstmals seit dem Jahr 1999 wieder negativ sein. Bei einem erwarteten Wachstum des preisbereinigten Welthandels in Höhe von über 6 Prozent werden die deutschen Ausfuhren im nächsten Jahr um 4½ Prozent zulegen. Damit expandieren sie stärker als die Einfuhren (4 Prozent) und treiben somit das gesamtwirtschaftliche Wachstum wieder an.

Die realen Ausrüstungsinvestitionen sind im vergangenen Jahr um 9,1 Prozent eingebrochen. Das war der stärkste Rückgang seit dem Rezessionsjahr 1993. Da sich die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der weiteren weltwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresverlauf vermindern, wird für das Jahr 2003 ein Zuwachs in Höhe von ½ Prozent zu erwarten sein. Im ersten Halbjahr 2003 lagen die preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen aller-

*Ausrüstungs-
investitionen*

dings noch um 0,3 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Umfragen zufolge haben sich bis zum Herbst lediglich die Erwartungen für die nächsten Monate gebessert, weniger aber die Beurteilung der tatsächlichen Lage. Das Investitionsklima in Deutschland hat sich vor dem Hintergrund der anhaltend unsicheren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der kontrovers geführten Reformdiskussionen nicht im erforderlichen Ausmaß verbessert.

Auch für das nächste Jahr wird mit einem Wachstum von 3½ Prozent keine große Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen eintreten. Lediglich Ersatzbeschaffungen – auch angetrieben durch die lange Investitionsflaute – setzen Impulse. Die derzeit niedrige Kapazitätsauslastung und der mittelfristig unklare Konjunkturkurs wirken gegen einen kräftigen Investitionsschub. Die weiterhin niedrigen Zinsen erschweren jedenfalls eine Erholung der Investitionskonjunktur nicht. Potenzielle Finanzierungsprobleme durch eine vorsichtigeren Kreditvergabe dürften sich mit der konjunkturellen Besserung vermindern. Bei großen Unternehmen verbessern sich die Möglichkeiten der Eigenfinanzierung durch die Erholung am Aktienmarkt.

Bauinvestitionen

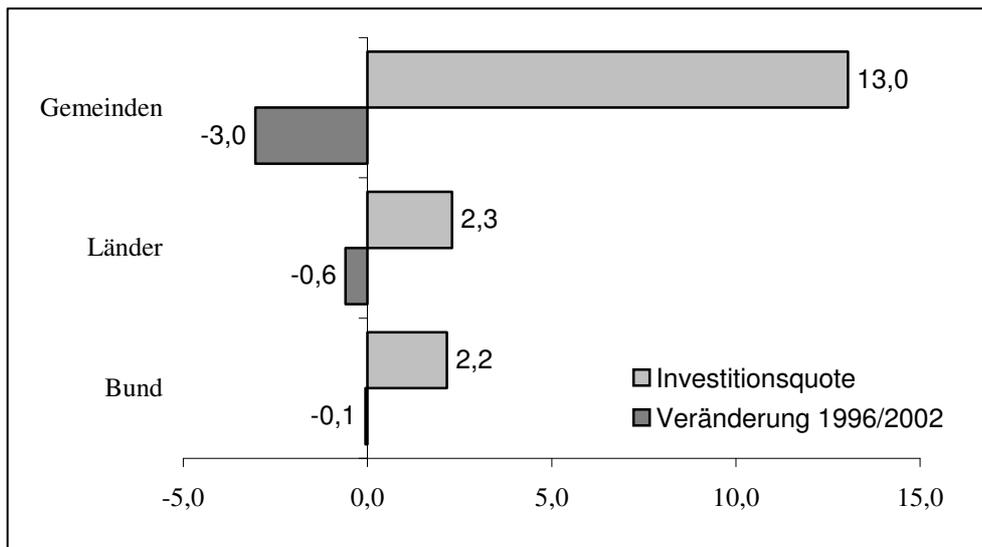
Im ersten Halbjahr 2003 sind die preisbereinigten Bauinvestitionen gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 5,8 Prozent geschrumpft. Dabei gingen die Wohnungsbauinvestitionen um gut 5 Prozent, die öffentlichen Bauinvestitionen sogar um über 10 Prozent zurück. Das schon seit Jahren erwartete Ende des Schrumpfungsprozesses wird somit auch in diesem Jahr nicht erreicht. Sowohl in Ostdeutschland (–8,9 Prozent) als auch in Westdeutschland (–5 Prozent) hält die Baurezession hartnäckig an. Weder Vorzieheffekte wegen der geplanten Reform der Eigenheimzulage noch das Programm zur Modernisierung von Wohnraum haben bisher ausgereicht, um in diesem Jahr einen weiteren Rückgang zu vermeiden. Allerdings kann im weiteren Verlauf eine Sonderkonjunktur im Eigenheimbau aufgrund der geplanten Kürzungen der Eigenheimzulage eintreten, da sich viele Bauherren die Förderung sichern wollen. Entsprechend sind bereits die Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser rapide angestiegen: Im Zeitraum Januar bis Juli 2003 übertrafen sie den entsprechenden Vorjahreswert in Deutschland um 22,3 Prozent, im Westen um 21,7 Prozent und im Osten um 26 Prozent. Die verstärkten Bauabsichten zeigen sich allerdings noch nicht beim Auftragseingang im Bauhauptgewerbe. Dieser lag bei den Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten im gleichen Zeitraum nominal um 10,1

Prozent unter dem Vorjahreswert. Die Baugenehmigungen sind zudem über mehrere Jahre gültig, so dass diese Absichtserklärungen nicht unbedingt in diesem und im nächsten Jahr investitionsrelevant werden.

Abbildung 2

Investitionsquoten der Gebietskörperschaften

- Deutschland; Anteil der Bruttoinvestitionen an den Ausgaben in Prozent¹⁾,
Veränderung 1996/2002 in Prozentpunkten -



1) Bruttoinvestitionen und Ausgaben in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Selbst wenn eine temporäre Erholung im weiteren Verlauf dieses Jahres und im Jahr 2004 wegen der Vorzieheffekte einsetzt, bleiben die Ursachen für die bisherigen Probleme der deutschen Bauwirtschaft größtenteils bestehen:

- Die bereits erreichte Wohnraumversorgung, die regionalen Leerstände sowie die fehlenden demographischen Impulse beschränken die Perspektiven für eine deutliche Erholung.
- Vor allem ist jedoch die Bauneigung hier zu Lande wegen der andauernden gesamtwirtschaftlichen Schwäche und des damit verbundenen Arbeitsplatz- und Einkommensrisikos trotz der anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen gedämpft.
- Die kommunale Finanzsituation steht einem merklichen Aufschwung im öffentlichen Bau im Wege. Die erforderlichen Konsolidierungsbemühungen beim Staatshaushalt setzen bisher an den investiven Ausgaben an. Dabei ist nicht nur der Anteil der Bruttoinvestitionen an den Ausgaben der Gemeinden im Zeitraum 1996/2002 um 3 Prozentpunkte auf nunmehr 13 Prozent gesunken (Abbildung 2). Auch die absoluten Brut-

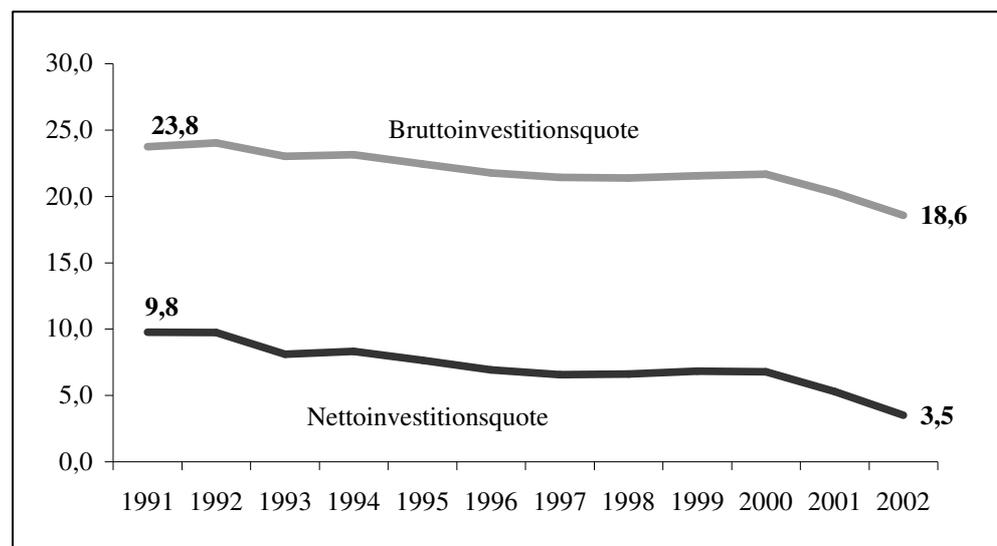
toinvestitionen der Kommunen lagen im Jahr 2002 mit 20,2 Milliarden um 4 Milliarden niedriger als im Jahr 1996.

Für das Jahr 2003 muss von einem weiteren Rückgang der realen Bauinvestitionen in Deutschland um bestenfalls 3½ Prozent ausgegangen werden. Im nächsten Jahr kann die rückläufige Bautätigkeit trotz der möglichen Vorzieheffekte aufgrund der geplanten Kürzung der Eigenheimzulage nicht ganz gestoppt werden. Es ist ein weiterer Rückgang um ½ Prozent zu erwarten. Auf mittlere Sicht werden die Bauinvestitionen in Deutschland nicht ohne eine spürbare und andauernde Erholung am Arbeitsmarkt steigen.

Abbildung 3

Brutto- und Nettoinvestitionsquoten

- Deutschland; Anteil der Brutto- und Nettoanlageinvestitionen am nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent¹⁾ -



1) Nettoanlageinvestitionen = Bruttoanlageinvestitionen abzüglich Abschreibungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Produktions-
potenzial

Abbildung 3 zeigt, dass die schwache Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren zu einem Rückgang des Anteils der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt auf nur noch 18,6 Prozent im Jahr 2002 geführt hat. Dabei ist auch das Bruttoinlandsprodukt nur schwach gewachsen. Berücksichtigt man die Ersatzbeschaffungen, dann liegt die Investitionsquote erheblich niedriger. Die Nettoanlageinvestitionen (Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen) hatten im Jahr 2002 nur noch einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 3,5 Prozent. Damit wird in Deutschland

zunehmend weniger in die Ausweitung des Kapitalstocks und der gesamten Produktionsmöglichkeiten investiert.

Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank (2003) ist der Zuwachs beim Produktionspotenzial in Deutschland in den neunziger Jahren schwächer geworden. Seit 1999 stiegen die Angebotsmöglichkeiten jährlich um nur noch 1,5 Prozent an. Im Euroraum (2 bis 2½ Prozent) und in den USA (3 Prozent) war das Wachstum des Produktionspotenzials dagegen deutlich höher. Außerdem wird das nur noch schwach wachsende Potenzial nicht annähernd voll genutzt: Die Outputlücke, also die Abweichung der tatsächlichen Wirtschaftsleistung (reales Bruttoinlandsprodukt) vom Produktionspotenzial, belief sich im Jahr 2002 auf 1,5 Prozent des Potenzials. Vor dem Hintergrund des stagnierenden realen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr dürfte die Produktionslücke weiter zunehmen. Selbst wenn das Potenzial im nächsten Jahr um 1,5 Prozent wachsen sollte, dann bliebe bei einem nur etwas höheren Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts das relative Ausmaß der Unterauslastung weitgehend konstant.

Die Gründe für das schwache Potenzialwachstum in Deutschland liegen sowohl in der Investitions- und Innovationsschwäche als auch in den Strukturproblemen auf dem Arbeitsmarkt begründet:

- Die deutsche Investitionsschwäche infolge der im internationalen Vergleich weniger attraktiven Investitionsbedingungen (Arbeitskosten, Steuern, Regulierungen) dämpft das Kapitalstockwachstum. Der Zuwachs der Totalen Faktorproduktivität als Indikator für den technologischen Fortschritt war in den letzten Jahren mit weniger als 1 Prozent erheblich niedriger als in der ersten Hälfte der neunziger Jahre (Deutsche Bundesbank, 2003).
- Das Arbeitspotenzial wird durch die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit begrenzt. Das Produktionspotenzial ist nicht im Sinne einer Vollauslastung der Produktionsfaktoren zu verstehen. Es zeigt vielmehr, wie die Produktionsfaktoren im längerfristigen Durchschnitt üblicherweise zum Einsatz kamen. Damit schlagen sich in der Höhe und im Wachstum des Produktionspotenzials auch die strukturellen Probleme auf dem deutschen Arbeitsmarkt und die hohe Arbeitslosigkeit nieder.

Unter konjunkturellen Aspekten hat das nachlassende Potenzialwachstum nicht unerhebliche Folgen (Deutsche Bundesbank, 2003): Eine Volkswirtschaft kann langfristig nicht schneller wachsen als ihre Produktionskapazitäten. Ein schwaches Potenzialwachstum begrenzt damit auch das Erholungspotenzial, und das betreffende Land kann schneller und stärker an seine Expansionsgrenzen stoßen. Außerdem kann ein Potenzialwachstum von nur 1 bis 1½ Prozent pro Jahr dazu führen, dass die tatsächliche Wirtschaftsleistung häufiger stagniert oder sogar absolut gesehen rückläufig ist. Volkswirtschaften mit geringem Potenzialwachstum sind demnach anfälliger für Stagnations- und Rezessionsphasen.

Konsum

Der Private Konsum, auf den fast 60 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts entfallen, wird sich nach dem Rückgang im Jahr 2002 um 1 Prozent in diesem Jahr nur gemächlich erholen. Bisher konnte im ersten Halbjahr 2003 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ein Anstieg von 0,7 Prozent erzielt werden. Die schlechte Arbeitsmarktentwicklung ist die Hauptursache für die deutsche Konsumschwäche. Die weitere Entwicklung wird nur auf den ersten Blick von einer Reihe von Faktoren begünstigt:

1. Die geplante Einkommensteuerreform wird die Privaten Haushalte im kommenden Jahr um 15,3 Milliarden Euro entlasten. Dabei sind die für das Jahr 2004 geplanten sowie die von 2005 vorgezogenen Senkungen der Einkommensteuersätze, aber auch die Maßnahmen zur Gegenfinanzierung (Eigenheimzulage, Entfernungspauschale u. a.) berücksichtigt. Allerdings muss diesen Einkommensteuerentlastungen eine Reihe von zusätzlichen Belastungen gegengerechnet werden: Im kommenden Jahr wird die Tabaksteuer erhöht. Unter Berücksichtigung der diversen Zuwendungen im Gesundheitswesen wird die finanzielle Belastung der Privaten Haushalte für ihre soziale Sicherung steigen. Zudem werden staatliche Transferzahlungen entweder nicht erhöht oder gekürzt.
2. Das Preisniveau wird im Prognosezeitraum nahezu stabil bleiben. In den ersten neun Monaten dieses Jahres belief sich die Teuerung auf 1 Prozent. Damit bestehen allerdings keine Deflationsgefahren (Grömling, 2003). Im gesamten Jahr 2003 werden die Verbraucherpreise um gut 1 Prozent steigen. Für das Jahr 2004 wird eine Inflationsrate in Höhe von 1¼ Prozent erwartet.

3. Mit der konjunkturellen Besserung wird es zu keiner Erholung am Arbeitsmarkt kommen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit kommt auch im nächsten Jahr nicht spürbar voran, so dass nach wie vor große Unsicherheiten über die Arbeitsplatzsicherheit bestehen. Bei nahezu stagnierender Beschäftigung steigen die Verfügbaren Einkommen in nominaler Betrachtung in Höhe von 2½ Prozent.
4. Die sich bessernde Vermögenssituation der Privaten Haushalte aufgrund der bisher eingetretenen Erholung am Aktienmarkt kann deren Sparneigung wieder etwas abbremser und damit den Anteil des Einkommens, der für Konsumzwecke verwendet wird, erhöhen. Ein deutlicher Rückgang der Sparquote ist jedoch wegen der fortdauernden Arbeitsplatzrisiken und der Unsicherheiten über die notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme, vor allem der Renten- und Krankenversicherung, unwahrscheinlich. Vielmehr werden sich die nach wie vor bestehende Unsicherheit über das Ausmaß und die Dauer der konjunkturellen Erholung, aber auch über mögliche künftige Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben infolge der staatlichen Verschuldung und der demographischen Anpassungslasten zulasten des Gegenwartskonsums auswirken. Die Sparquote der Privaten Haushalte wird auf dem Niveau des Jahres 2003 von 10,8 Prozent des Verfügbaren Einkommens verharren.

Das Wachstum der preisbereinigten Konsumausgaben der Privaten Haushalte wird im Jahr 2003 um $\frac{3}{4}$ Prozent zulegen und damit zur konjunkturellen Stütze. Für das Jahr 2004 wird mit einem Konsumwachstum in Höhe von $1\frac{1}{2}$ Prozent lediglich ein durchschnittlicher Zuwachs erwartet, sowohl bezogen auf das BIP-Wachstum im Jahr 2004 als auch auf das mittlere Konsumwachstum in den letzten zehn Jahren.

Vor dem Hintergrund der erwarteten Entwicklung der einzelnen Nachfrageaggregate wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 stagnieren. Damit befindet sich Deutschland seit über drei Jahren in einer Seitwärtsbewegung, so lange wie nie zuvor in der Nachkriegszeit. Für das Jahr 2004 wird ein Wirtschaftswachstum von $1\frac{3}{4}$ Prozent erwartet. Die darin zum Ausdruck kommende moderate Erholung setzt bereits gegen Ende dieses Jahres ein (Abbildung 4). Dabei gilt zu beachten, dass im nächsten Jahr mehr Arbeitstage zur Verfügung stehen. Vier Feiertage (ohne die regional geltenden Feiertage zu berücksichtigen) fallen auf ein Wochenende, außer-

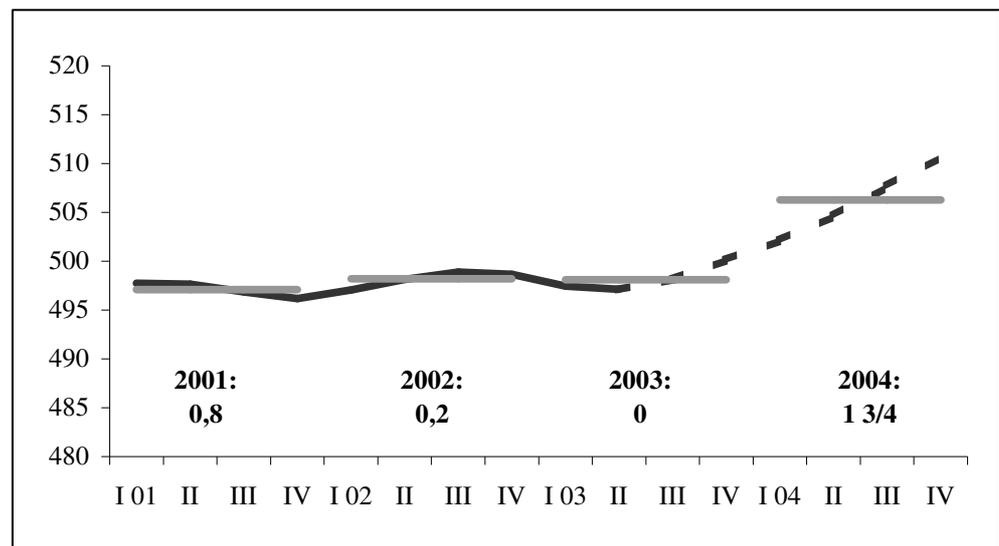
Bruttoinlandsprodukt

dem kommt ein Tag wegen des Schaltjahres dazu. Gemäß dem Berechnungsverfahren der Forschungsinstitute führt dies zu 1,2 Prozent Arbeitstagen mehr, was wiederum eine Erhöhung des realen Bruttoinlandsprodukts von gut ½ Prozentpunkt zur Folge hat (Institute, 2003). Dies zeigt offensichtlich auch das Wachstumspotenzial einer Arbeitszeitverlängerung. Höhere Arbeitszeiten ohne einen entsprechenden Lohnausgleich stärken zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit, weil sie helfen, den Lohnstückkostennachteil der deutschen Wirtschaft zu vermindern.

Abbildung 4

Bruttoinlandsprodukt Deutschlands

- Preis- und saisonbereinigter Verlauf des Bruttoinlandsprodukts in Milliarden Euro¹⁾ -



1) In Preisen von 1995.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Risiken

Diese Prognose basiert auf bestimmten Annahmen über die Entwicklung der Arbeitskosten, der Zinsen, der Wechselkurse und des Ölpreises. Die Arbeitskosten werden vor dem Hintergrund der nach wie vor fragilen konjunkturellen Situation nur moderat steigen. Die Zinsen werden im Prognosezeitraum nicht wesentlich erhöht. Für den Wechselkurs wurde ein Jahresdurchschnitt von rund 1,2 US-Dollar je Euro angenommen sowie ein Ölpreis in einer Spanne von 25 bis 30 US-Dollar je Barrel. Außerdem wurde unterstellt, dass die geplanten Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialreformen nicht verschleppt werden. In all diesen Annahmen liegen zugleich aber auch die Risiken, die den prognostizierten Aufschwung gefährden können. So sind im Herbst 2003 die Ölpreise wieder deutlich angestiegen, sie lagen teilweise

über 30 US-Dollar je Barrel. Vor allem aber eine Verwässerung der überfälligen Reformen des Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialsystems würde das Vertrauen in den Standort Deutschland weiter erschüttern. Reformen, selbst wenn sie zu Kürzungen bei den Staatsausgaben führen, stärken nicht nur langfristig die Wachstumskräfte Deutschlands, vielmehr werden durch eine Konsolidierung des Vertrauens auch die Investitions- und Konsumnachfrage in der kurzen Frist positiv beeinflusst. Dies gelingt nur bei einem klaren Reformkurs, für dessen Inhalte die Agenda 2010 der Bundesregierung nur ein erster, aber wichtiger Schritt ist. Die Entwicklung im kommenden Jahr kann gleichwohl besser verlaufen, als dies hier prognostiziert wird. Dazu muss allerdings eine kritische Masse an Reformen umgesetzt werden, was dann einen kräftigen, sich selbst verstärkenden und von einer erheblichen Vertrauensverbesserung getragenen Aufschwung auslöst.

Das dritte Jahr mit schwachem Wachstum in Folge hinterlässt deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Gegenüber dem Jahr 2002 geht die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr um 571.000 Personen zurück, die Zahl der Arbeitslosen steigt um 340.000 auf über 4,4 Millionen im Jahresdurchschnitt an. Im Winter 2003/2004 werden in einer nicht saisonbereinigten Betrachtung rund 4,9 Millionen Personen arbeitslos sein. Seit April 2003 ist zwar eine leichte Entspannung zu beobachten – allerdings nur insoweit, als dass die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat nicht mehr so stark zunimmt. Zuletzt war die Zahl der Arbeitslosen im September um 6,7 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Bis zum Jahresende wird dieser Wert auf rund 5 Prozent absinken. Eine spürbare Erholung wird dadurch nicht indiziert, und die Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau.

Arbeitsmarkt

Ein wesentlicher Teil dieser Abschwächung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit resultiert nicht daraus, dass vermehrt Arbeitslose eine Beschäftigung gefunden hätten. Die Betrachtung der Abgänge aus Arbeitslosigkeit zeigt vielmehr, dass die Arbeitsämter eine Bereinigung der Statistik vornehmen. Im Zeitraum Januar bis August 2003 stieg die Zahl der Abgänge aus Arbeitslosigkeit um 440.000 gegenüber dem Vorjahreszeitraum (+9 Prozent). Der Anstieg war indes ausschließlich auf Abgänge in „sonstige Nichterwerbstätigkeit“ zurückzuführen. Zusätzliche 180.000 Personen (+21 Prozent) verloren ihren Arbeitslosigkeitsstatus wegen Nichterneuerung der Meldung oder fehlender Mitwirkung bei den Vermittlungsbemühungen der

Arbeitsämter. Die Zahl der Übergänge in Vorruhestand nach § 428 SGB III stieg um 100.000 (+144 Prozent). Zudem meldeten sich 180.000 Personen mehr als im Vorjahr krank (+22 Prozent). Die Übergänge aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit stiegen dagegen nur um 150.000 (+9 Prozent), wobei die Hälfte dieses Zuwachses auf die vermehrte Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit zurückzuführen ist. Hier dürften sich die erweiterten Fördermöglichkeiten der Arbeitsämter durch die Ich-AG bemerkbar machen.

Tabelle 3

Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung

	2002	2003	2004	2003	2004	2003	2004
	Absolut			Veränderung gegenüber Vorjahr			
				in Prozent		Absolut	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	38.671	38.100	38.100	-1,5	0,0	-571	0
Arbeitszeit (in Stunden)	1.445	1.440	1.450	-0,3	0,7	-5	10
Arbeitsvolumen (in Mrd. Std.)	55,88	54,86	55,25	-1,8	0,7	-1,02	0,39
Produktion (in Preisen von 1995)							
Euro je Erwerbstätigen	51.452	52.223	53.076	1,5	1,6	771	853
Euro je Erwerbstätigenstunde	35,61	36,27	36,60	1,8	0,9	0,66	0,33
BIP (in Mrd. Euro, Preise von 1995)	1.989,7	1.989,7	2.022,2	0,0	1,6	0	32,5
nachrichtlich:							
Erwerbslose nach ILO (in 1.000)	3.638	3.850	3.850	5,8	0,0	212	0
Erwerbslosenquote (in Prozent)	8,6	9,2	9,2				
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	4.060	4.400	4.370	8,4	-0,7	340	-30
Arbeitslosenquote (in Prozent)	9,5	10,4	10,3				

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Bereits seit Verabschiedung des Job-Aktiv-Gesetzes Anfang 2002 setzen die Arbeitsämter verstärkt Eingliederungsvereinbarungen und Trainingsmaßnahmen als Work-Test ein. Diese Maßnahmen sollen prüfen, inwieweit arbeitslos Gemeldete tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Besonders Arbeitslose ohne Leistungsansprüche und Ältere reagieren, indem sie sich zumindest vorübergehend vom Arbeitsmarkt zurückziehen oder Vorruhestandsregelungen in Anspruch nehmen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nähert sich damit der Zahl der Arbeit suchenden Arbeitslosen an. Diese Entwicklung wird sich weiter fortsetzen und auch im nächsten Jahr eine wichtige Rolle spielen. Für die Arbeitsmarktentwicklung im Jahr 2004 sind die folgenden Faktoren und Annahmen von größerer Bedeutung:

1. Der gescheiterte Streik für die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland hat gezeigt, dass für weitere Arbeitszeitverkürzungen kaum tarifpolitischer Spielraum besteht. Gesamtwirtschaftlich jedoch sinkt die durchschnittliche Jahresarbeitszeit durch den im Trend steigenden Anteil von Teilzeitarbeit. Dieser Trend wird im Jahr 2004 durch einen außergewöhnlich starken Kalendereffekt überkompensiert. Da viele Feiertage auf Wochenenden fallen, ergibt sich eine kalenderbedingte Erhöhung der Arbeitszeit von 1,3 Prozent.

2. Seitens der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind einige potenziell beschäftigungsfördernde Reformen auf den Weg gebracht worden. Die Wirkung wird im Jahr 2004 aber noch wenig zu spüren sein:

- Von den neuen Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik erzielt nur die Ich-AG eine nennenswerte Anzahl von Förderfällen. Personal-Service-Agenturen oder das Programm „Kapital für Arbeit“ werden nur wenig in Anspruch genommen. Dafür wird durch traditionelle Maßnahmen (Weiterbildung, ABM) aufgrund der angespannten Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit weniger Entlastungswirkung entfaltet.
- Die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung führt zwar zu mehr Beschäftigungsfällen, aber kaum zu mehr Personen in Beschäftigung oder gar zu weniger Arbeitslosigkeit, da in erster Linie Nebenerwerbstätige begünstigt werden. Für Arbeitslose wurden dagegen kaum zusätzliche Anreize geschaffen, eine Beschäftigung aufzunehmen. Dennoch dürfte die Reform Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit haben. Den ersten Ergebnissen der Bundesknappschaft zufolge sind gegenüber der letzten Zählung der Bundesanstalt für Arbeit vom September 2002 rund 900.000 neue Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Selbst wenn ein erheblicher Teil davon Nebenerwerbstätige sind, verbleibt ein nicht zu vernachlässigender Effekt auf die Erwerbstätigkeit. Bislang ist dies in der Erwerbstätigenstatistik des Statistischen Bundesamtes nicht zu sehen. Es ist nicht auszuschließen, dass es daher im Jahr 2004 zu einem Überhangeffekt kommen wird. Drängen Grenzanbieter infolge der Arbeitsmarktpolitik auf den Arbeitsmarkt, dann dürfte sich der Zuwachs bei der Stundenproduktivität verlangsamen.
- Die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld von bis zu 32 auf höchstens 18 Monate ist geeignet, die Arbeitslosigkeit zu senken, da ein erhöhter Anreiz besteht, eine Beschäftigung aufzunehmen oder der gleitende Übergang von Arbeitslosigkeit in den (vorzeitigen) Ruhestand er-

schwert wird (Schäfer, 2003). Aufgrund großzügiger Übergangsregelungen wird ein Effekt aber kaum vor dem Jahr 2006 zu erwarten sein.

- Die geplante Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist grundsätzlich geeignet, die Beschäftigungsanreize für Langzeitarbeitslose zu erhöhen. Die Wirkung wird jedoch beim Entwurf der Bundesregierung abgeschwächt, und zwar durch lohnbezogene Zuschläge, die Übereignung der Zuständigkeit in die Hände der Bundesanstalt für Arbeit und die Beschränkung der Zumutbarkeit angebotener Arbeit auf Angebote mit ortsüblicher oder tariflicher Entlohnung. Setzt sich die Bundesregierung im Vermittlungsausschuss mit ihren Vorstellungen durch, können kaum signifikante Beschäftigungseffekte von der Reform erwartet werden. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass jede Reform nur mit Zeitverzögerung wirkt. Selbst wenn Arbeitslose unmittelbar auf die veränderten Rahmenbedingungen mit einem verstärkten Arbeitsangebot im Niedriglohnbereich reagieren, wird sich ein solches Arbeitsmarktsegment frühestens im Jahr 2005 entwickeln. Einen direkten, die registrierte Arbeitslosigkeit senkenden Effekt haben dagegen die verstärkten Vermittlungsbemühungen der Arbeitsämter. Nicht Arbeit suchende Arbeitslose werden auch im Jahr 2004 verstärkt in den Status der Nichterwerbstätigkeit wechseln. Dadurch sinkt aber nicht die Zahl der Arbeit suchenden Erwerbslosen, und es entsteht keine zusätzliche Beschäftigung.

Eine deutliche Erholung auf dem Arbeitsmarkt wird es im Jahr 2004 nicht geben, und die Erwerbstätigkeit wird stagnieren. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird leicht abnehmen, aber nicht die Zahl der Arbeit suchenden Erwerbslosen. Nach wie vor ungelöst bleiben die Beschäftigungsprobleme von Älteren und Geringqualifizierten, die einen großen Teil der Langzeitarbeitslosen stellen. Erforderlich wäre die Blockierung von Frühverrentungspfaden und eine konsistente Strategie für einen Niedriglohnsektor. Die umgesetzten und in Aussicht gestellten Reformen sind ein Schritt in diese Richtung, reichen aber bei weitem nicht aus. Der Arbeitsmarkt bleibt eine Reformbaustelle.

Oktober 2003

Michael Grömling
Christof Römer
Holger Schäfer

Literatur:

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (Institute), 2003, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003, Hamburg.
- Deutsche Bundesbank, 2003, Zur Entwicklung des Produktionspotenzials in Deutschland, in: Monatsbericht, 55. Jg., Nr. 3, S. 43-54.
- Grömling, Michael, 2003, Argumente gegen eine Deflationsgefahr, in: iw-trends, 30. Jg., Heft 2, S. 5-14.
- Leahey, Cary, 2003, USA: Steuersenkungen treiben den Konsum an, in: Deutsche Bank Research (Hrsg.), Ausblick: Konjunktur & Märkte, KW 38, Frankfurt.
- Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD), 2002, Economic Outlook 2002, Paris.
- Römer, Christof, 2003, Deutsch-amerikanische Wirtschaftsverflechtungen, in: iw-trends, 30. Jg., Heft 3.
- Schäfer, Holger, 2003, Reform der Arbeitslosenversicherung, Köln.

Economic Outlook for 2004

In Germany economic growth has been muted since mid-2000 due to low investment and private consumption. Adding on to this, in 2003 a weaker contribution of net exports will shrink real GDP growth to zero. In 2004, stronger worldwide economic performance and structural reforms in Germany will push investment, consumption and exports so that real GDP is expected to increase by 1¾ per cent. Nevertheless, economic growth will be insufficient due to many unknown outcomes of the reform debate. Unemployment will stagnate just below 4.4 million persons and reforms of the institutional setup of the labour market will remain the key to economic recovery.

iw-focus

IW-PROGNOSE 2004

	2002	2003	2004	2002	2003	2004
	Absolut in Milliarden Euro ¹⁾			in Prozent gegenüber Vorjahr		
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts						
Erwerbstätige (in Tsd.)	38.671	38.100	38.100	-0,6	-1½	0
Arbeitsvolumen (Mrd. Std.)	55,88	54,86	55,25	-1,1	-1¾	¾
Produktivität (Euro/Std.)	35,6	36,3	36,6	1,3	1¾	1
Bruttoinlandsprodukt	1.989,7	1.989,7	2.022,2	0,2	0	1¾
Verwendung in Preisen von 1995						
Private Konsumausgaben	1.125,3	1.133,7	1.150,7	-1,0	¾	1½
Konsumausgaben des Staates	388,3	390,2	390,2	1,7	½	0
Anlageinvestitionen	397,0	390,7	396,6	-6,7	-1½	1½
- Ausrüstungen	152,5	153,3	158,8	-9,1	½	3½
- Sonstige Anlagen	27,4	27,9	29,1	1,6	2	4¼
- Bauten	217,1	209,5	208,7	-5,8	-3½	-½
Vorratsveränderung	-22,1	-10	-8	-	-	-
Außenbeitrag	101,2	85,0	92,7	-	-	-
- Export	722,7	722,7	755,2	3,4	0	4½
- Import	621,5	637,7	662,5	-1,7	2½	4
Bruttoinlandsprodukt	1.989,7	1.989,7	2.022,2	0,2	0	1¾
nachr.: Inlandsnachfrage	1.888,5	1.904,7	1.929,6	-1,6	1	1¼
Verwendung in jeweiligen Preisen						
Private Konsumausgaben	1.236,5	1.258,8	1.291,5	0,3	1¾	2½
Konsumausgaben des Staates	404,4	408,4	408,4	2,6	1	0
Anlageinvestitionen	392,0	384,0	392,4	-6,8	-2	2¼
- Ausrüstungen	151,9	150,4	158,1	-9,3	-1	5
- Sonstige Anlagen	24,6	24,5	25,9	1,0	-½	5¾
- Bauten	215,6	209,1	208,5	-5,9	-3	-¼
Vorratsveränderung	-13,2	0	0	-	-	-
Außenbeitrag	90,7	83,3	95,4	-	-	-
- Export	757,7	756,9	800,1	3,6	0	5¾
- Import	667,0	673,7	704,7	-3,4	1	4½
Bruttoinlandsprodukt	2.110,5	2.134,5	2.187,8	1,8	1¼	2½
nachr.: Inlandsnachfrage	2.019,8	2.051,2	2.092,4	-0,6	1½	2
Preisentwicklung						
Private Konsumausgaben	109,9	111,0	112,2	1,3	1	1
Bruttoinlandsprodukt	106,1	107,3	108,2	1,6	1	1
Einkommensverteilung						
Volkseinkommen	1.571,5	1.572,8	1.607,3	1,9	0	2¼
- Arbeitnehmerentgelt	1.130,5	1.136,2	1.153,2	0,8	½	1½
- Unternehmens- und Vermögenseinkommen	441,0	436,6	454,1	4,8	-1	4
Sparquote ²⁾	10,6	10,8	10,8	-	-	-

1) Preisentwicklung: Index 1995 = 100. 2) In Prozent des verfügbaren Einkommens der Privaten Haushalte.

